



Rundbrief Aktuell

Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis

Ausgabe 18-01/ 12.01.2018

Koalitionsverhandlungen können beginnen

Berlin - 12.01.2018

Nach einem 24-stündigen Verhandlungsmarathon kam an diesem Freitag-Vormittag die erlösende Nachricht, dass nun endlich in Koalitionsgespräche zwischen der CDU/CSU und der SPD eingetreten werden kann.

Dies ist ein erster wichtiger Schritt hin zu einer neuen und stabilen Regierung. Ein wichtiges Signal ist außerdem, dass sich die SPD von Gedankenspielen, wie den wechselnden Mehrheiten verabschiedet hat und sich ausdrücklich zu ihrer Verantwortung bekennt. Dringend notwendig ist auch die vereinbarte Flexibilisierung der Entscheidungen und Entscheidungswege.

Regelmäßige Orientierungsdebatten sollen zu diesem Zweck stattfinden und im Bedarfsfall die Möglichkeit zur Nachjustierung geben.

Auch ein Bekenntnis zu mehr Transparenz ist in den Vereinbarungen fest verankert. Als bemerkenswert erachte ich die Botschaft, dass auch innerhalb eines Koalitionsvertrages der notwendigerweise übereinstimmende Beschlüsse für eine langfristige Politik erfordert, die Unterschiedlichkeit der daran beteiligten Parteien erkennbar bleiben kann und auch durchaus sollte.

Die Konsequenz aus der letzten Bundestagswahl dürfte auch die Erkenntnis sein, dass der Wert einer Großen Koalition eben nicht darin bestehen kann, dass die Grundlagen der Beteiligten für die jeweiligen Ergebnisse in den Hintergrund treten oder über einen längeren überhaupt nicht mehr erkennbar sind.

Mit dem jetzt vorliegenden 28-seitigen Papier sind bereits viele Veränderungen deutlich geworden, die Positionen behandeln, die noch in der letzten Legislaturperiode teilweise als unüberbrückbar empfunden worden sind. Hier sind Fragen zur angemessenen Alterssicherung ebenso von Bedeutung, wie die notwendige Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen im Bereich der Bildung. Auch wenn sich alle Beteiligten erkennbar zum Föderalismus bekennen und das Kulturthema in der Hoheit der Länder bleiben soll ist es für eine konkurrenzfähige und leistungsfähige Bildungslandschaft offenbar unverzichtbar geworden, dass ein Durchgriff, oder besser gesagt eine Zusammenarbeit über die Ebenen hinweg stattfindet um den Anschluss Noch rechtzeitig zu finden.

Das große Thema der inneren Sicherheit insgesamt und hierbei im Besonderen die Behandlung der folgenden Migration erfordern personelle und strukturelle Maßnahmen. Die personelle Aufstockung muss aber auch mit einer Ablaufoptimierung einhergehen, weil die

Effektivität eines rechtsstaatlichen Systems nicht nur von den Ergebnissen sondern sehr wohl auch von der Reaktionsschnelligkeit des Staates mitbestimmt wird.

Dabei soll die Einbindung des Bürgers keineswegs unterbleiben. So sehr wie der Bürger ein Interesse an einer schnellen Leistungserbringung hat, dürfen wir ihn auch bei einer Prozessoptimierung und damit einer Optimierung des Rechtsschutzsystems ebenso in die Pflicht nehmen.

Die Erleichterung des heutigen Vormittags ist keineswegs bereits eine Zielerreichung, denn die SPD muss nun noch die ihr selbst auferlegten Hürden überwinden. Das Sondierungspapier eröffnet allerdings für alle Beteiligten die Möglichkeit, ihre Grundüberzeugungen in den nächsten vier Jahren anzuwenden und vor allen Dingen klarzumachen, dass man sich von dem vielfach kritisierten „weiter so“ definitiv verabschiedet hat und auch verabschieden musste.

In der kommenden Woche wird der Deutsche Bundestag die Einsetzung der Ausschüsse beschließen, so dass auch auf der Sachebene die politische Arbeit wieder Inhalte liefert und im Rahmen der folgenden Wochen bei den Debatten eine weitere Konkretisierung der bisherigen Verhandlungsergebnisse erkennbar werden wird.

Neujahrsempfänge im Rhein-Erft-Kreis

Rhein-Erft-Kreis – 08./09./10.01.2018

Auch wenn alle Augen zurzeit in erster Linie nach Berlin gerichtet waren und sind, finden natürlich auch im Wahlkreis politische Bewertungen und Positionierungen für das gerade begonnene Jahr statt.

Aus meinem gesundheitspolitischen Aufgabenbereich standen gleich mehrere Treffen mit den Organisationen und Vereinigungen der Apotheker aus dem Bereich Nordrhein an, die sich unverändert in einer verunsicherten Situation befinden. Leider kommt es unverändert zu Schließungen von Apotheken, was die Besorgnis auslöst, dass die flächendeckende Versorgung vor allem auch im ländlichen Bereich nicht mehr sichergestellt werden kann.

Das Konkurrenzverhältnis beim Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten ist nach wie vor offen und belastet die Apothekenlandschaft in erheblichem Maße.

Insofern stellte die Vorlage des sogenannten Honorargutachtens des Bundeswirtschaftsministeriums kurz vor Weihnachten einen weiteren Wermutstropfen dar, zumal nicht wirklich erkennbar geworden ist, welche Schlüsse aus diesem Gutachten gezogen werden sollen und können.



Der immer wieder zitierte Anspruch an das deutsche Gesundheitssystem auf allen Ebenen und damit auch im Bereich der niedergelassenen Apotheke eine qualitativ hochwertige und überall erreichbare Versorgung sicherzustellen, lässt sich nicht ohne Weiteres mit einem Bemühen um ein kostendämpfendes Gesundheitssystem in Einklang bringen.



Gefährlich ist deshalb vor allem, wenn über Durchschnittsbetrachtungen die ganz großen und auch die ganz kleinen Marktteilnehmer den gleichen Veränderungen unterworfen werden sollen.

Auch wenn diese Themen im Detail noch nicht im Sondierungspapier Niederschlag gefunden haben werden wir uns mit absoluter Sicherheit in der nächsten Legislaturperiode mit dieser Fragestellung beschäftigen müssen. Deshalb ist es mir unverändert ein großes Anliegen auf allen Ebenen das Gespräch und den Informationsaustausch zu suchen.

Treffen mit dem Vorstand der KBV

Berlin - 11.01.2018

Die Bürotage in dieser Woche konnten erfreulicherweise auch zu einem Treffen mit der Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereinigung benutzt werden, um die Politikziele für die nächste Wahlperiode zu erörtern.

Eines der bewegenden Themen ist zweifelsohne die Anpassung der ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen, da die modernen Behandlungsmethoden zunehmend eine ambulante Versorgung zulassen.

Neben der Verbesserung für den Patienten bedarf es hierzu allerdings einer Stärkung der Vernetzung der einzelnen Leistungserbringer. Dies gilt gleichermaßen auch für die Weiterentwicklung des ambulanten Not- und Bereitschaftsdienstes. Das Patientenverhalten führt hier zu einer teilweise dramatischen Versorgungsverschiebung, die – wenn auch ungewollt – zu einer Kostenfehlentwicklung ohne Qualitätsverbesserung führen wird. Hier geht es entscheidend um die Aufgabe, dem Behandlungsbedürfnis Rechnung zu tragen, diesen aber optimal im Versorgungssystem zu integrieren. In all diesen Bereichen ist natürlich ein Beitrag der Digitalisierung nicht hinwegzudenken, die allerdings auch zeitlich mit den Veränderungen Schritt halten muss. Da die Industrie auf diesem Sektor leider teilweise mangels ausreichender Nachfragedimensionen den Bedarf nicht zu decken vermag, sollte die Selbstverwaltung jedenfalls dann ein Einflussrecht erhalten, wenn es der Versorgungssicherheit dient.